

Energiezuschlag gesenkt — Schuldenstand erhöht

Nach lang anhaltendem öffentlichen Druck hat Präsidentin Arroyo im Mai verfügt, dass der nationale Elektrizitätskonzern NAPOCOR die Kosten, die ihm durch oft eher Wuchererträgen ähnelnden Abkommen mit sogenannten »freien Energieproduzenten« (Independent Power Producers — IPPs) entstehen, nur teilweise an die Verbraucher/innen weitergeben darf. Die Abgabe, die automatisch auf die Stromrechnung aufgeschlagen wird, heißt Purchased Power Adjustment (PPA). Den IPPs wurden unter der Regierung Ramos (1992-98) eine hohe Mindestabnahmemenge an Strom zugesichert. So sollte die da-

mals anhaltende Krise bei der Stromversorgung behoben werden. Weil aber zu viele Verträge abgeschlossen wurden, liefern die meisten IPPs heute oft nur ein Viertel des Stroms, für den sie unter Vertrag genommen wurden, kassieren jedoch für die gesamte Vertragsmenge.

Ab Juni darf die NAPOCOR nun nur noch 40 Centavos (ein Eurocent) pro Kilowattstunde aufschlagen — statt zuvor bis zu 1 Peso 25. Um den Mittelausfall zu kompensieren, beabsichtigt die Regierung, Kredite in Höhe von 600 Millionen US-Dollar aufzunehmen.

Vgl. PDI, 28.5.02

Kooperation von MILF und Regierung

Anfang Mai wurden in Kuala Lumpur zwei vorläufige Abkommen mit der MILF geschlossen. Die Abkommen sind auf heftige Kritik bei einigen Abgeordneten gestoßen, die darin ein Ausverkauf philippinischen Landes sehen. »Was unsere Soldaten in blutigen Opfern auf dem Schlachtfeld erobert haben, wird durch die Präsidentin in einem Handstreich wieder verloren gegeben«, so etwa der Gouverneur von Nord Cotabato Pinol.

Die Abkommen sehen allerdings lediglich eine Zusam-

menarbeit beim Wiederaufbau der Kriegsgebiete in Zentralmindanao und die Zusammenarbeit von MILF, Militär und Polizei bei der Kriminalitätsbekämpfung gerade gegen die Entführungsbanden vor.

Die Abkommen wurden im Hinterstübchen vom persönlichen Gesandten der Präsidentin, Norberto Gonzales, ausgehandelt, am Vorsitzenden der Regierungsdelegation bei den Friedensverhandlungen Jesus Dureza vorbei.

Vgl. PDI 18.5.02

Kondome kein Schutz, sagt Kardinal

»Kondome garantieren keinen Schutz vor AIDS und Geschlechtskrankheiten! Diesen Hinweis sollte nach Ansicht von Jaime Kardinal Sin, dem Erzbischof von Manila, die Verpackungen von Kondomen und anderen Verhütungsmitteln zieren, um die Verbraucher zu warnen, dass diese Produkte keinen ausreichenden Schutz vor Empfängnis und Krankheiten gewährleisten. Seiner Ansicht nach gibt es bislang noch keine stichhaltigen Beweise,

dass der Gebrauch von Verhütungsmitteln die Übertragung von Geschlechtskrankheiten verhindere oder ein wirksames Mittel für Geburtenkontrolle sei. Sin weiter: »Kondom und Keuschheit sind zwei gegensätzliche Lösungsansätze für das AIDS-Problem. Durch das Kondom kann man AIDS bekommen, durch Keuschheit nicht.«

Vgl. PDI, 29.4.02.

Millionen Dollar Verlust durch Korruption

Wohin fließt das Regierungsbudget? Rolando Andaya, Vorsitzender des Haushaltsausschusses zufolge werden vom nationalen Haushalt 45 Prozent für die Bedienung der Auslandsschulden, 15 Prozent für die Rückzahlung von Darlehen und weitere 20 Prozent gehen für Unterschlagung und Korruption drauf. Daher stehen der Regierung nur noch 20 Prozent ihrer Mittel zur Verfügung, um die Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen.

Die Verluste der Regierung, die durch Unterschlagung und Korruption entstehen, belaufen sich nach Angaben des stell-

nachrichten

vertretenden Ombudsmannes Margarito Gervacio jährlich auf 21 Milliarden Dollar. Wenn man nun auch noch Investitionen, die über den privaten Sektor finanziert werden, mit einrechnen würde, könnten die totalen Verluste auf bis zu 90 Millionen Dollar ansteigen, »genug, um anderthalb Millionen philippinische Kinder in die Grundschule zu schicken.«

vgl. Manila Times, 17.5., PDI, 28.5.02

Wahlrecht für OFs

20 Senatoren aus verschiedensten Parteien unterstützen einen Gesetzentwurf, der den etwa 7,4 Millionen Filipinos und Filipinas, die im Ausland arbeiten und leben, ermöglichen wird, ihre Stimme für nationale Wahlen abzugeben.

Der abschließende Entwurf war Ergebnis von 11 Beratungen und öffentlichen Anhörungen, von denen sieben im Ausland abgehalten wurden. Das Gesetz ist seit 1987 im Gespräch, schlummerte jedoch seitdem im Kongress vor sich hin.

Die wichtigsten Punkte sind:

– Alle im Ausland arbeitenden Filipinos und Filipinas, die sich im Besitz der philippinischen Staatsbürgerschaft befinden und wahlberechtigt sind, dürfen auch wählen.

– Einwanderer und Besitzer einer Green Card dürfen wählen.

– Sie dürfen bei den Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftswahlen, den Senatoren- und den Parteilistenwahlen ihre Stimme abgeben. Ebenso dürfen sie sich an Volkstscheidungen beteiligen, die nationale Interessen betreffen.

vgl. PDI, 17.5.02.

Untersuchung über Tod von linken Aktivist/innen

Justizminister Hernando Perez hat das dem Bundeskriminalamt vergleichbare National Bureau of Investigation (NBI) angewiesen, intensiver den Anschuldigungen des Abgeordneten Satur Ocampo (BAYAN MUNA) gegen Polizei- und Militärbeamte nachzugehen. Ihnen wird vorgeworfen, die Ermordung von 17 linksgerichteten Arbeiterführern, darunter auch im Februar 2001 Filemon »Popoy« Lagman, in Auftrag gegeben zu haben.

Ocampo und ein Mitglied des Stadtrates von Caloocan City, der ehemalige militante Studentenfürher Nathaniel Santiago, trafen Perez am 2. Mai 2002, um dafür Beweismittel und Zeugen zu präsentieren. Laut Ocampo sind Armeemehrheiten in Süd Luzon in 46 Prozent der dort aufgetretenen Mordfälle Tatverdächtige, bei 30 Prozent der Fälle wird die Polizei verdächtigt.

vgl. Phil. Star, 3.5.02

nachrichten

Jedes sechste Kind muss arbeiten

Jedes sechste Kind in den Philippinen war im letzten Jahr gezwungen zu arbeiten, um seine oder ihre Familie zu unterstützen. Die meisten von ihnen arbeiteten dem nationalen Statistikamt NSO zufolge ohne Bezahlung. Dem Bericht zufolge waren vier Millionen der 25 Millionen philippinischen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren »ökonomisch aktiv«. Diese Zahlen unterscheiden sich kaum von den Ergebnissen einer ähnlichen Untersuchung von 1994/95.

Die meisten der arbeitenden Kinder waren männlich und zwischen sieben und zehn Jahren alt. Sieben von zehn Kindern arbeiteten in ländlichen Gebieten. Die Mehrzahl von Ih-

nen waren als ungelernete, unbezahlte Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Familienbetrieben beschäftigt. Andere waren als Verkäufer, im Straßenhandel, der Landwirtschaft oder dem Fischfang tätig.

Schätzungsweise 1.1 Millionen Kinder waren bei ihrer Arbeit Risiken für die Gesundheit ausgeliefert. Etwa 21.000 Kinder verrichteten »harte körperliche Arbeit«, so die NSO. Fast eine Millionen Kinder sagten, sie hätten sich durch ihre Arbeit Verletzungen zugezogen, während über 750.000 angaben, dass sie unter arbeitsbedingten Krankheiten wie Schmerzen und Hautbeschwerden litten.

Trotz der Belastung sagte fast jedes zweite Kind, dass es die Arbeit »niemals« anstrengend findet, jedes dritte Kind meinte, die Arbeit sei »manchmal anstrengend« und nur fünf Prozent empfanden ihre Arbeit als »immer anstrengend«.

Von den vier Millionen Kindern, die während des Erhebungszeitraumes der Studie arbeiteten, besuchten zwei von drei gleichzeitig die Schule. Unter diesen waren 78 Prozent der Meinung, ihre Arbeit beeinträchtigte die Schule nicht. 1.2 Millionen Kinder sagten jedoch, die Schule würde unter der Arbeit leiden. Zwei von fünf brachen die Schule ab.

vgl. PDI, 6.5.02.

Schlechte Note für philippinische Arbeiter/innen

Nach einem Bericht des Asian Institute of Management, das jährlich die Ökonomien von 49 Ländern in Asien unter die Lupe nimmt, gehören die philippinischen Arbeitskräfte zu den unproduktivsten der Welt. Die Produktivität des Landes fiel innerhalb eines Jahres von Platz 43 auf den letzten Platz. Als Grund hierfür wurde angeführt, dass philippinische Firmen weder ihre Ausstattung noch ihre Technologien verbessern konnten.

In den Kategorien Unternehmenseffizienz und Qualität von Strassen, Häfen und Flughäfen belegten die Philippinen ebenfalls den letzten Platz.

»Bezüglich der Produktivität sind wir an einem historischen Tiefpunkt angelangt« — so Professor Federico Macaranas vom AIM. »Wir konzentrierten uns auf die Beschäftigung der Menschen, aber die Ausstattung blieb die selbe. Wenn unsere Arbeiter nicht schneller produzieren, kommen wir in große Schwierigkeiten.«

Beim Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit belegten die Philippinen — wie schon 2000 — Platz 40. Thailand, Indonesien, Malaysia und Südkorea, die am stärksten von der Asienkrise betroffen waren, verbesserten ihre Wettbewerbsfähigkeit. vgl. PDI, 1.5.02.

Marcos-Familie scheint davonzukommen

Die Bemühungen der Regierung, an die Gelder zu kommen, die sich die Marcos-Familie und ihre Günstlinge zu Zeiten der Diktatur unrechtmäßig angeeignet haben (ill-gotten-wealth), mussten einen schweren Rückschlag erleiden. Ein weiterer Fall, bei dem die Marcos-Familie beschuldigt wird, mit Hilfe von Strohmännern 2,4 Millionen US-Dollar in Aktien der Telefongesellschaft PLDT investiert zu haben, wurde vom Anti-Korruptionsgericht Sandiganbayan abgewiesen.

Der Fall, der von der Presidential Commission on Good Government (PCGG) angestrengt wurde, deren Zweck es ist, ill-gotten-wealth aufzuspüren und den öffentlichen Kassen wieder zuzuführen, wurde von Sandiganbayan hauptsächlich aufgrund nachlässiger Vorbereitung abgelehnt. Das Gericht entschied, dass die von der PCGG vorgelegten Beweismittel nicht zulässig seien: die PCGG hatte z.B. Fotokopien statt Originaldokumente

vorgelegt und »keine sachkundigen Beweise« für die Schuld der Marcos-Familie erbracht.

Dieser Fall ist dabei nur einer unter vielen; seit September 2001 wurden von 111 Fällen, die gegen die Marcos-Familie und ihre Günstlinge eingereicht wurden, 92 entweder vom Ombudsmann oder vom Anti-Korruptionsgericht zurückgewiesen. Da wundert es nicht, dass Imelda Marcos wieder im Land ist, viele soziale Positionen bekleidet und in den Medien sehr zuversichtlich erscheint. Die Ablehnung der Fälle hat der Marcos-Familie genügend Zuversicht gegeben, gegen gerichtliche Bestrafung immun zu sein, weil sie in der Lage sind, die Schwächen des Rechtssystems und den mangelnden Willen der Strafbehörden auszunutzen.

Vgl. PDI, 11.5.02.

Familienplanung

Jede zweite Frau in den Philippinen plant ihre Familie. Die beliebteste Methode der Empfängnisverhütung ist dabei nach wie vor die Pille.

Dies ergab eine Studie des Nationalen Statistikamtes NSO. Im Jahre 2001 hat jede dritte Frau künstliche Verhütungsmittel verwendet. Befragt wurden insgesamt 30 000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahre.

Auf traditionelle Methoden wie z.B. die Berücksichtigung der Zyklustage griff im Jahre 2001 jede sechste Frau zurück (2000 war es nur jede siebte). 14,1 Prozent gaben an, die Pille zu nehmen, 10,5 Prozent ließen sich sterilisieren und lediglich 1,7 Prozent bevorzugten den Gebrauch des Kondoms.

Der Anteil der Frauen, die verhüten, liegt in den städtischen Regionen mit 50,7 Prozent etwas höher als auf dem

Land (48,4 Prozent). Am häufigsten (61,7 Prozent) kommen Verhütungsmittel in Cagayan Valley zum Einsatz — ein Trend, den das Nationale Amt für Statistik dem Verdienst der Nichtregierungsorganisationen zuschreibt, welche dort Aufklärungsarbeit leisten. Wohl aus religiösen Gründen ist der Gebrauch von Verhütungsmitteln im muslimischen Teil Mindanaos wenig verbreitet — dort greifen nur 15,1 Prozent der Frauen darauf zurück.

Vgl. Manila Times 14.4.02.

Anm. der Redaktion: Wenn man der Manila Times Glauben schenken darf, scheint in den Philippinen Verhütung immer noch bloß Frauensache zu sein.